Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3738

29. 02. 80

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 5. März 1980

am Donnerstag, dem 6. März 1980

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung angesichts der anhaltenden Diskussion um den Einsatz von „Chemie" in der Pflanzenproduktion, die Bestimmungen des Pflanzenschutzgesetzes und seiner Durchführungsverordnungen zu ändern bzw. zu verschärfen?

2. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wie denkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über den Einsatz von mit besonderen Befugnissen ausgestatteten „Pflanzenärzten"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung außer dem Antrag der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund bereits Anträge anderer Stahlunternehmen auf staatliche Hilfen vor, oder ist der Bundesregierung bekannt, daß weitere Stahlunternehmen beabsichtigen, staatliche Hilfe zu beantragen (Hinweis auf Stuttgarter Zeitung vom 23. November 1979), und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Bundeshilfen gegebenenfalls auch anderen, z. B. mittelständischen Unternehmen zu gewähren?

4. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjetunion die mit deutschen Erdgasfirmen geschlossenen Verträge über die Lieferung von Erdgas in die Bundesrepublik Deutschland mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2000 für ungültig erklärt hat, um höhere Preise durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

5. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchen Staaten Regelungen in Kraft sind, wonach ab 1. Januar 1985 keine Flugzeuge ohne Lärmzulassung nach ICAO Anhang 16 mehr starten und landen dürfen?

6. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Inwieweit sieht sich die Bundesregierung in der Lage, eine multilaterale Regelung bezüglich des Einsatzes von Luftfahrzeugen, die den Richtlinien des ICAO Anhang 16 genügt, zu erwirken bzw. nationale Richtlinien für den Fall zu erlassen, daß eine multilaterale Regelung sich über Gebühr verzögert?

7. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Hat die Bundesregierung Planung, Finanzierung und Bau eines neuen Basistunnels im Zuge der A81 durch den Engelberg bei Leonberg von der Entscheidung über eine weitere mögliche Fernstraßenverbindung zwischen Leonberg und Gärtringen abhängig gemacht, und wenn nein, wann ist mit dem Bau des Tunnels zu rechnen?

8. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Welches ist die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV) auf der Teilstrecke der A 831 zwischen der A 8 und der A 81 bei Sindelfingen?

9. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Hält die Bundesregierung das Autobahnprojekt Krombach – Hattenbach (A 4) durch den Naturpark Rothaargebirge und den Burgwald für ökonomisch notwendig und ökologisch vertretbar, und ist sie bereit, in die in Aussicht gestellten Untersuchungen auch Alternativplanungen aufzunehmen, die sich nicht an die bisher festgestellte Trassenführung anlehnen?

10. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, das Autobahnprojekt Krombach – Hattenbach (A 4) durch das Rothaargebirge und den Burgwald nicht in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen aufzunehmen, sondern stattdessen Untersuchungen über mögliche Alternativplanungen bis 1985 in Aussicht zu stellen?

11. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn die Anbindung der Bundeswehrstandorte Neustadt und Allendorf an das Fernnetz mit Einführung des Jahresfahrplans 1980/81 zum 1. Juni 1980 weiter reduziert, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die ca. 2 500 Wehrpflichtigen der beiden Standorte?

12. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Was ist beabsichtigt, um auch für diese Wehrpflichtigen die Zusage der Bundesregierung einzulösen, die Benutzung der Deutschen Bundesbahn für die Wochenendheimfahrten attraktiver zu gestalten?

13. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Besteht auch nach Ansicht der Bundesregierung ein Kompetenzwirrwarr bei der Bewilligung von Fahrkostenermäßigung bei der Deutschen Bundesbahn für Deutsche aus der DDR, die sich zu Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und zugleich schwerbeschädigte sind, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen, und wie wird sie eine unbürokratische und der besonderen Lage von Besuchern aus Mitteldeutschland Rechnung tragende Gewährung dieser Fahrkostenvergünstigung sicherstellen?

14. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Hält die Bundesregierung die in § 17 Abs. 3 des Entwurfs der neuen Schiffssicherheitsverordnung gefundene Formulierung für ausreichend, wirkungsvoll gegen Schiffe in den Hoheitsgewässern der Bundesrepublik Deutschland vorzugehen, die den international vereinbarten Sicherheitsstandard nicht erfüllen, und wann ist mit dem Inkrafttreten der Verordnung zu rechnen?

15. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Wird das Ratifizierungsgesetz zum UNTACT-Verhaltenskodex zusätzlich Instrumentarien zum Schutz der deutschen Linienschiffahrt enthalten, und wann wird die Bundesregierung das Gesetz dem Bundestag zuleiten?

16. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Blinde im niederländischen Personenverkehr bei Vorlage ihres deutschen Blindenausweises dieselben Vorrechte genießen wie niederländische Blinde, und ist die Bundesregierung bereit, sich um eine Gleichbehandlung niederländischer Blinder

in der Bundesrepublik Deutschland zu bemühen, etwa dadurch, daß die niederländischen sogenannten Begleitkarten zu den gleichen Vorrechten legitimieren wie die deutschen Blindenausweise?

17. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß sich ein Personalvertretungsmitglied wegen der Bauplanung für einen Baubezirk der Deutschen Bundespost an einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet, für ein Dienstvergehen, welches Anlaß zur Durchführung eines disziplinarrechtlichen Ermittlungsverfahrens gibt?

18. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einstellung der Oberpostdirektion Regensburg, Bauvorhaben der Deutschen Bundespost und die hierzu vorliegenden innerbetrieblichen Meinungsäußerungen der Bediensteten und ihrer Interessenvertretungen zu „Amtsgeheimnissen" zu erklären?

19. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Besteht bei der Deutschen Bundespost eine generelle Regelung für Großstädte, die vorsieht, den Briefträgern Verbundpässe für die Fahrt in ihre Zustellbezirke zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, wie ist es möglich, daß z. B. in Stuttgart die Briefträger ihre Fahrkosten bzw. ihren Verbundpaß selbst kaufen und bezahlen müssen?

20. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, daß Fernsprechteilnehmer auf Wunsch und gegen eine Gebühr Telefone mit besonderen Sicherungen, nämlich sogenannte Sprachverschleierungsgeräten und Fernüberwachungssystemen, von der Deutschen Bundespost erwerben können, die gegen sogenannte Lauschangriffe schützen sollen, und wenn ja, welche Möglichkeiten für den Verfassungsschutz sieht dann die Bundesregierung, Telefonabhöraktionen, die aus Staatssicherheitsgründen geboten und rechtlich zulässig sind, erfolgreich durchzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

21. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Forderung bekannt, im Rahmen der Energieeinsparung beim Wohnen auch den Einbau von Kachelöfen zu subventionieren, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Forderung vor allem unter dem Gesichtspunkt des gezielten Einsatzes der Fördermittel und der unerwünschten Mitnehmereffekte?

22. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Hat die Bundesregierung geprüft, inwieweit die UNESCO-Empfehlungen für internationale Architektur- und Stadtplanungswettbewerbe (Drucksache 8/3064) in die Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe (GRW 1977) übernommen werden können, insbesondere bezüglich der Verbesserung der Urheberrechte, der Beteiligung der Berufsverbände und der Beauftragung von Preisträgern, und was hat diese vom Bundestag (Drucksache 8/3465) erbetene Prüfung ergeben?

23. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

In welchem Ausmaß beinhaltet die am 20. Februar 1980 vom Bundeskabinett beschlossene Wohngeldnovelle eine Anpassung der Wohngeldleistungen für Ein-, Zwei- und Dreipersonenhaushalte an die seit der letzten Wohngeldnovelle eingetretene Mieten- und Einkommensteigerung?

24. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, und was plant sie zu tun, um die Bevölkerung, insbesondere auch die Eigentümer von Sozialmietwohnungen, über den Inhalt des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1980 und die Zeitpunkte des Inkrafttretens der einzelnen Neuerungen zu informieren?

25. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse hat die Prüfung der Frage bisher ergeben, wie die Probleme in Gebieten mit engem Nebeneinander von gewerblichen Anlagen und Wohnnutzungen (Gemengelage) behoben werden können (vgl. Empfehlungen des Bundestages in der 157. Sitzung am 31. Mai 1979)?

26. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung darüber berichten, und wann kann der Bundestag mit der Vorlage konkreter Änderungsvorschläge rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

27. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Könnte die Bundesregierung die Idee unterstützen, im Haushalt des Bundesministers für Forschung und Technologie einen Fonds zu schaffen, aus dem volkswirtschaftlich wertvolle Ideen prämiert werden, vor allem, wenn sie sich auf den wichtigen Gebieten Energieversorgung, Gesundheitsvorsorge, Unfallverhütung, Umweltschutz praktisch verwerten lassen und damit einen Beitrag zur Lösung von Zukunftsproblemen erbringen, ähnlich dem Vorschlagswesen in der Wirtschaft?

28. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund aus Mitteln des Haushalts des Bundesforschungsministers und aus dem Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zinsgünstige Kredite gewährt werden sollen, um gefährdete Arbeitsplätze zu sichern, gegebenenfalls in welcher Höhe?

29. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Zu welchen Konditionen (Umfang des Investitionsprogramms, Höhe der Bundes- und Landesmittel, Zinssatz, Beginn und Dauer der Tilgung) sollen die Haushaltsmittel des Bundes gegebenenfalls vergeben werden?

30. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Aus welchen Haushaltsansätzen (Höhe und Jahr des Mittelabflusses) sollen die Kredite des Bundes gewährt werden?

31. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wieviel Arbeitsplätze glaubt die Bundesregierung dadurch sichern zu können, und wieviel Arbeitsplätze werden aus heutiger Sicht in den nächsten Jahren auf Grund der neuen, weniger personalintensiven Fertigungsmethoden entfallen?

32. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Warum werden die Bundeshilfen zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund aus dem Haushalt des Bundesforschungsministers und nicht aus dem Haushalt des Bundeswirtschaftsministers bereitgestellt?

33. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welche weiteren Förderungsmöglichkeiten (Art, Umfang, Konditionen) bestehen gegebenenfalls im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers oder in den Haushalten anderer Bundesminister?

34. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung der staatlichen Hilfe an die Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund auf den Wettbewerb in der Stahlindustrie?

35. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen (Westfälische Rundschau vom 24. Januar 1980) zu, daß die staatliche Hilfsaktion für die Hoesch Hüttenwerke AG durch Vermittlung des Bundeskanzlers zustande gekommen ist, und welche Rolle hat es dabei gespielt, daß der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens bis vor kurzem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium gewesen ist?

36. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der 15 Millionen DM Auftrag zum Bau der ersten deutschen Polarforschungsstation nach den Maßstäben des Bundesforschungsministeriums, das sich nach eigenen Aussagen die Förderung der deutschen meerestechnischen Industrie besonders vorgenommen hat, an keine deutsche Unternehmung vergeben werden konnte, und welchens sind diese Maßstäbe?

37. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Hat die Bundesregierung Studien durchgeführt oder durchführen lassen, um das technische Potential für regenerative Energieträger hinreichend präzis einschätzen zu können, gegebenenfalls mit welchen Ergebnissen?

38. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß entsprechende Studien angesichts der technologischen Entwicklungsmöglichkeiten regenerativer Energieträger und der Verbesserung der fossilen Energiequellen noch intensiviert werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

39. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Arbeitskreises Deutscher Bildungsstätten, daß die Programme „Politische Bildung außerhalb der Jugendverbände" und „Zentrale Jugendverbände" von der Gefahr finanzieller Auszehrung betroffen sind, und hält die Bundesregierung die deswegen geforderte einmalige Anhebung der Mittelansätze von insgesamt 3,5 Millionen DM für notwendig?

40. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung auch unter Berücksichtigung der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine umfassende gesetzliche Regelung des Bildungsurlaubs für zweckmäßig, nachdem sie vor einem Jahr die Absicht bekräftigt hat, gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub vorzubereiten?

41. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur inhaltlichen Gestaltung eines Bundesbildungsurlaubsgesetzes, insbesondere zu den Bildungsinhalten, zur Dauer der jährlichen Freistellungsmöglichkeit und zur Finanzierung?

42. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Sind die Modellversuche über Bildungsurlaub inzwischen abgeschlossen, und wie sind die Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse zu werten?

43. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Welche konkreten gesetzgeberischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Modellversuchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

44. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Lassen das Bundeswaffengesetz und eventuell dazu ergangene Erlasse es zu, daß als Stichwaffe geeignete Springmesser mit feststehender Klinge, z. B. von 8 1/2 cm Länge, an Kinder verkauft werden?

45. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Hält die Bundesregierung – falls dies der Fall ist – eine solche Regelung mit ihrem Bemühen um Schutz und Sicherheit der Kinder für vereinbar, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun, um diesen Mißstand abzustellen?

46. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Warum wird einem Legationsrat seine dreijährige Tätigkeit als Dozent des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der britischen University of Surrey nicht für sein Besoldungsdienstalter angerechnet?

47. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts ihrer Absicht, die Auslandskontakte des akademischen Nachwuchses zu fördern, für geboten, Bestimmungen des Besoldungsrecht zu ändern, die einer Anrechnung von ausländischer Tätigkeit entgegenstehen?

48. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der vielen gleichzeitig in Betrieb befindlichen TV-Geräte in einem Raum die Strahlenbelastung des Personals in großen Fernsehgeschäften und entsprechenden Abteilungen von Kaufhäusern?

49. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß dieses Personal einen Strahlenpaß führen muß?

50. Abgeordneter **Konrad** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Ergebnisse der Untersuchung „Umwelt, Gift, Blei – Basisinformation zur Verseuchung des Raums Goslar“ des Freiburger Instituts für angewandte Ökologie (Öko-Institut) bestätigen, wonach bei vielen Kindern zwischen Goslar und Bad Harzburg Blutbleiwerte jenseits aller Toleranzgrenzen, insbesondere der im Dezember 1976 verabschiedeten EG-Richtlinie, sowie eine so starke Bodenverseuchung, daß keine Landwirtschaft mehr betrieben werden kann, festgestellt worden sind, und welche unmittelbaren Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung könnten auf Grund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes durchgeführt werden?

51. Abgeordneter **Konrad** (SPD)	Sieht sich die Bundesregierung durch die Untersuchungsergebnisse im Raum Goslar unter Berücksichtigung der einschlägigen Feststellungen im Materialienband zum Immissionsschutzbericht 1977 in ihrer Ansicht bestätigt, daß in die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft Immissionswerte für Blei und Cadmium aufgenommen werden müssen, und was kann zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung von ihr veranlaßt werden, solange die TA-Luft noch in der z. Z. geltenden Fassung anzuwenden ist?
52. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die in den letzten Jahren immer häufiger geführten Klagen von Polizeibeamten über schlechte Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit dem Schichtdienst, und was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern insoweit zu unternehmen?
53. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung inzwischen die Ergebnisse der Studie vor, die sich mit den Problemen des Wechselschichtdienstes im Polizeibereich befaßt?
54. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)	Wäre es im Rahmen der humanitären Aufnahmeaktion politisch verfolgter argentinischer Bürger in die Bundesrepublik Deutschland nach Beurteilung der Bundesregierung wünschenswert und einer zügigen, unbürokratischen Abwicklung dienlich, wenn die Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland durch formelle Aufnahmebeschlüsse die Bemühungen der Bundesregierung unterstützen würden?
55. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob durch die Aufnahmebereitschaft der Kommunen, die durch Gemeinderatsbeschlüsse deklariert wurde, in der Vergangenheit eine Anreise argentinischer politisch verfolgter Bürger beschleunigt werden konnte?
56. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, daß die Dauer des Asylanerkennungsverfahrens früher 2 1/2 Jahre betragen hat und jetzt in der Regel auf ein Fünftel, nämlich sechs Monate, reduziert worden ist, wie dies von Bundesinnenminister Baum in der Stuttgarter Zeitung vom 13. Februar 1980 geäußert worden ist?
57. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die in der Stuttgarter Zeitung vom 13. Februar 1980 geäußerte Auffassung von Bundesinnenminister Baum, die Errichtung und Unterhaltung von Sammellagern sei ausschließlich Ländersache, obwohl § 39 des Ausländergesetzes lautet, „Die Bundesregierung bestimmt im Benehmen mit der zuständigen Landesregierung die Sammellager für Ausländer", und der Bund in Zirndorf bis zum Jahr 1977 selbst ein Lager unterhalten hat?
58. Abgeordneter **Dr. Stark (Nürtingen)** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, daß seit Ende 1979 Eritreer mit gefälschten Pässen aus dem Sudan insbesondere über die Flughäfen Stuttgart und Frankfurt/Main eingereist sind, und welche Maßnahmen haben die zuständigen Grenzbehörden des Bundes hinsichtlich der eingereisten Personen und hinsichtlich der gefälschten Pässe getroffen?

59. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesinnenminister Baum, der am 28. November 1979 erklärt hat, der Zuwachs von Asylbewerbern habe sich im Jahr 1979 abgeflacht, obwohl im Jahr 1979 nach offiziellen Angaben 51 493 Asylbewerber registriert waren (1978: 33 136) und nach vollständiger Erfassung aller Anträge mit mindestens 60 000 Asylbewerbern im Jahr 1979 zu rechnen ist?

60. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die 1979 erneut gesunkene Verfügbarkeit von Kernkraftwerken, und welche Konsequenzen will sie – insbesondere auf dem Materialsektor – daraus ziehen?

61. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus den Konflikten und Rechtsunsicherheiten ziehen, die beim Datenschutz und Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsrecht aufgetreten sind und die der Bundesbeauftragte für den Datenschutz in Nummer 2.5.6 seines Zweiten Jahresberichts geschildert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

62. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Kosten insgesamt (gegliedert nach Material und Prägekosten) für die Otto-Hahn-Gedenkmünze angefallen sind, wobei für den Materialwert der Zeitpunkt des Einkaufs und nicht der vorgesehene Ausgabetag anzusetzen wäre, und wie hoch die Kosten für das Einschmelzen der geprägten Münzen wäre?

63. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten der Herstellung der Otto-Hahn-Gedenkmünze gewesen, und wie hoch sind die Kosten der Wiedereinschmelzung und der Silberrückgewinnung?

64. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Welche Kosten entstehen durch eine Ersatzprägung der Otto-Hahn-Gedenkmünze aus dem Dreischichtenwerkstoff nach Art der Umlaufmünzen, und warum hat die Bundesregierung die Gedenkmünze nicht zur Sammlermünze gemacht und zu einem Preis, der die derzeitigen Kosten decken würde, dem Markt angeboten?

65. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie hat die Bundesregierung Vorsorge getroffen, daß sich die einzelnen Bundesminister bei den in ihren Haushalten vorgesehenen Förderungsprogrammen für in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Unternehmen nicht mit unterschiedlichen Konditionen und unterschiedlicher Förderungshöhe gegenseitig „Konkurrenz" machen?

66. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

In welchen Fällen hat die Bundesregierung seit 1969 in welcher Höhe Bundeshilfen im weitesten Sinne (einschließlich Bürgschaften, Übernahme von Vermögensgegenständen des Unternehmens usw.) an Unternehmen (außer Bundesunternehmen) gewährt oder für die Zukunft in Aussicht gestellt, in deren Vorstand oder Aufsichtsrat im Zeitpunkt der Zusage der Bundeshilfe frühere Bundesminister oder Staatssekretäre saßen?

67. Abgeordneter **Metz** (CDU/CSU)

Zu welchen Konditionen wurden diese Bundeshilfen gewährt?

68. Abgeordneter **Metz** (CDU/CSU)

In welchen Fällen ist dabei der Bundeskanzler eingeschaltet worden?

69. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die jährlichen Steuereinnahmen, die dem Staat durch den Zigarettenkonsum zufließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

70. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Trifft es zu, daß alle Beamten im Deutschen Patentamt in München, obwohl nur wenige von ihnen tatsächlich Geheimsachen bearbeiten, wegen eines angeblich erhöhten Sicherheitsrisikos generell einer Überprüfung gemäß den „Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten" unterzogen werden, und daß dies für die Betroffenen die Folge hat, daß sie auch private Verbindungen zu Verwandten und Bekannten in der DDR namentlich benennen müssen?

71. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Hält die Bundesregierung diese Maßnahmen gegebenenfalls unter dem Gesichtspunkt des Grundgesetzes für angemessen, nach dem auch Deutsche in der DDR die Rechte der Bürger der Bundesrepublik beanspruchen können und also nicht zu befürchten haben sollten, daß ihre Daten in Computersystemen der Geheimdienste von Bundesrepublik und DDR auftauchen und dadurch für sie eine persönliche Gefährdung entstehen kann?

72. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß persönlich haftende Gesellschafter für alle Ansprüche aus Arbeitsverhältnissen, die vor der Beendigung der Gesellschafterposition bestanden haben, unbefristet haften, und hält die Bundesregierung eine gesetzliche Änderung des bestehenden Gesetzeszustands für angebracht?

73. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung, besonders angesichts der problematischen Nachhaftung für Verbindlichkeiten aus der betrieblichen Altersversorgung, diese Regelung zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

74. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die kommunalen Mandatsträger (Bürgermeister, Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte) nicht nur einen verantwortungsvollen, sondern auch einen z. T. zeitlich sehr aufwendigen Beitrag für das Gemeinwesen leisten, und falls das zutrifft, ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Mandatsträger – wie die Bundestags- und Landtagsabgeordneten – von Wehrübungen zu befreien, damit sie sich uneingeschränkt ihren kommunalen Aufgaben widmen können?

75. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis hatte die vom Regierungssprecher in Aussicht gestellte „eingehende Prüfung" amerikanischer Wünsche, die Bundeswehr möge Transportflugzeuge für amerikanische Soldaten im Zusammenhang mit den Ereignissen im Mittleren Osten bereitstellen?

76. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, nach denen ein Angehöriger der Bundeswehr wegen Tragens seiner Uniform bei einer DGB-Veranstaltung mit vier Tagen Arrest bestraft wurde, und sieht die Bundesregierung bejahendenfalls Möglichkeiten, die entsprechenden Vorschriften so zu ändern, daß das Tragen einer Uniform bei Veranstaltungen demokratischer Institutionen nicht mehr einen Straftatbestand darstellt?

77. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung junger Ausbilder der Bundeswehr, die laut „Pressedienst des Deutschen Bundeswehr-Verbands, 11/80" anläßlich einer Gruppenführertagung feststellten, daß als Grund für die rückläufige Weiterverpflichtungsbereitschaft die mangelnde Attraktivität der Bundeswehr zu suchen sei, sich außerdem neben einer Wiedereinführung der Verpflichtungsprämie auch für eine Minderung der Versetzungshäufigkeit und für eine Einbeziehung der Soldaten auf Zeit in die Arbeitslosenversicherung und die sonstigen Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz einsetzten?

78. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts der Unzufriedenheit der jungen Ausbilder über ihre Ausbildung zum Gruppenführer für erforderlich, durch eine gezielte Vorauswahl und Eignungsüberprüfung sowie durch einen verlängerten Unteroffizierlehrgang entsprechende Verbesserungen zu bewirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

79. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen als Folge der Langzeiteinnahme von Antibabypillen in den letzten zehn Jahren die Anzahl der Erkrankungen an Lebertumoren bei Frauen deutlich angestiegen sein soll?

80. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über positive und negative gesundheitliche Auswirkungen der Antibabypille insbesondere bei kontinuierlicher Einnahme über zehn oder mehr Jahre?

81. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Mittel, die von der Bundesregierung für die Aufklärung über die Gesundheitsschäden des Rauchens jährlich bereitgestellt werden?

82. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der epidemiologischen Krebsforschung zur Zahl der jährlichen Neuerkrankungen auf diesem Gebiet sowohl des Bestands der Krebskranken als auch deren Sterblichkeit (Mortalität) vor?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

83. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wen versteht der Bundeskanzler unter dem Begriff „reaktionäre Presse"?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

84. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Artikel „Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR – Ein Historiker dokumentiert, wie es wirklich war", in der Septemberausgabe 1979 der von der Botschaft der UdSSR herausgegebenen Zeitschrift „Sowjetunion heute", in dem grobe Unwahrheiten über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen verbreitet werden?

85. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß diese Zeitschrift auch an deutschen Schulen zur Verteilung gelangt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige, gezielt verteilte, geschichtsfälschende Darstellungen zu unternehmen, damit unsere Jugend objektiver durch echte Dokumentation über die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Gefangenschaft informiert und aufgeklärt wird?

86. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob, wie in der Presse gemeldet wird, der ehemalige litauische Kanuweltmeister Vladas Cessunias, der im August 1979 in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl gebeten hatte, in einer „psychiatrischen Einrichtung" der Sowjetunion zu Tode gekommen ist?

87. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung auf Grund des Umstands, daß Cessunias auf bisher ungeklärte, jedoch recht mysteriöse Weise die Bundesrepublik Deutschland verlassen hat, bisher veranlaßt, um diesen Fall aufzuklären?

88. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in Fragen des Osthandels als Folge des sowjetischen Einfalls in Afghanistan volle Solidarität mit der amerikanischen Regierung üben, auch wenn es im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft oder von COCOM nicht zu einer einheitlichen Haltung kommen sollte?

89. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen und was wird sie weiterhin unternehmen, um gegen die menschenrechtsverletzende Unterdrückung in der Sowjetunion vorzugehen und das schwere Schicksal der Unterdrückten lindern zu helfen, insbesondere im Fall der Verschleppung des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow (der Pressemeldungen vom 18. Februar 1980 zufolge mit seiner Frau von der Polizei in Nischni Nowgorod mißhandelt worden ist), im Fall des am 15. Januar 1980 festgenommenen orthodoxen Priesters Dimitrij Dudko sowie der beiden Lagerhäftlinge in Sibirien, Nisamatdin Schometdinowitsch Achmetow und Wladimir Michailowitsch Michalenko, deren offener Brief mit einer Holzsendung aus Sibirien nach Homberg-Ohm geschmuggelt und dort von einem Arbeiter gefunden worden ist?

90. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland in Vietnam lebenden Angehörigen von bereits in unserem Land ansässigen Flüchtlingen so lange die Aufnahme zu verweigern beabsichtigt, bis die vietnamesischen Behörden einem wesentlichen Teil der Personen, die bereits eine Einreisegenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland besitzen, die Ausreise erlauben?

91. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Gründe dafür bekannt, daß bis zum 8. Februar 1980 von dem vereinbarten Kontingent von 20 000 Indochinaflüchtlingen nur insgesamt 12 810 in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind und konkrete Aufnahmezusagen nur für 2700 weitere Flüchtlinge vorliegen, obwohl in den Flüchtlingslagern der ASEAN-Staaten und Hongkong Flüchtlinge auf die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland warten?

92. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach in Ost-Timor (Indonesien) 300 000 Menschen in Gefahr sind, an Unterernährung zugrunde zu gehen, und welchen Beitrag leistet die Bundesrepublik Deutschland, um einer sich dort anbahnenden Katastrophe zu begegnen?

93. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß gelegentliche Sitzungen des Ministerkomitees des Europarats auch außerhalb Frankreichs geeignet wären, in dem jeweiligen Gastland größere Aufmerksamkeit und mehr Interesse für die Arbeit des Europarats zu wecken und beispielsweise auch Bonn oder Berlin als Tagungsorte in Frage kämen?

94. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten konnten von der Bundesregierung seit Abschluß der Ostverträge dahin gehend genutzt werden, mit Lehrern der deutschen Sprache in Osteuropa die Verbindung aufzunehmen und ihnen die Fortsetzung deutscher Sprachstudien zu eröffnen?

95. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Lage im mittelamerikanischen Staat El Salvador?

96. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß Waffenlieferungen an die Militärjunta in El Salvador gegen die Bevölkerung eingesetzt würden und deshalb unterbleiben sollten?

97. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die von mir gestellten Fragen (Drucksache 8/3692, A. Nr. 116, 117) detailliert so zu beantworten, wie sie gestellt wurden, insbesondere genau anzuführen, welche Zahlungen die erwähnten „Schriftsteller" im einzelnen von ihr erhalten haben?

98. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie lauten die einzelnen Passagen in den Arbeitsverträgen der Institutsleiter der Goethe-Institute von 1969 bis 1976 und ab 1976, nach denen gesichert sein soll, daß diese Institutsleiter die Kulturpolitik im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vertreten?

99. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der deutsche Honorargeneralkonsul Juan Hoffmann (Málaga) in seiner Eigenschaft als Generalkonsul Hilfestellung bei der Finanzierung der Acción Democrática Espanola (ADE) geleistet hat (vgl. Spiegel Nr. 9 vom 25. Februar 1980), und wenn ja, gehört eine derartige Tätigkeit zu den Aufgaben des Generalkonsuls?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Initiativen zu ergreifen, deutsch als Amtssprache bei der OECD einzuführen?

2. Angeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in der Vergangenheit diesbezüglich nichts unternommen, obwohl gerade die Bundesrepublik Deutschland einen hohen Beitrag zum Haushalt dieser Organisation leistet, und warum hat sie gegebenenfalls nichts unternommen?

3. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß 600 Griechen z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland leben, um auf diesem Weg dem Militärdienst in ihrer Heimat zu entgehen?

4. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um auf die griechische Regierung einzuwirken, damit sich die Zahl nicht weiter erhöht?

5. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wieviel Prozent tragen die USA, die Bundesrepublik Deutschland, die Sowjetunion und die OPEC-Staaten zum Etat der Vereinten Nationen bei, und welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um zu einer gerechteren Verteilung dieser Lasten zu kommen?

6. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Entspricht es den Tatsachen, daß in der UNO 10 v. H. der Weltbevölkerung eine Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung herbeiführen können, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Sachverhalt?

7. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung gesicherte Erkenntnisse über die Anwendung von Napalmbomben durch die sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan vor?

8. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wurde der „Schriftsteller" Bernd Engelmann vom Goethe-Institut zu Vorträgen/Dichterlesungen ab 1970 im Ausland eingesetzt, und wenn ja, welche Geldzuwendungen hat er hierfür erhalten, und ist dies mit dem Auswärtigen Amt und den jeweiligen Botschaftern einvernehmlich abgestimmt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Bundesbeamte am 31. Dezember 1969 in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 beschäftigt waren, und wie hoch das durchschnittliche Entgelt einschließlich aller Zulagen je Gruppe war?

10. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Bundesbeamte am 31. Dezember 1969 in den Besoldungsgruppen B 1 bis B 11 je Gruppe beschäftigt waren?

11. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage anzugeben, wie hoch das durchschnittliche Entgelt aller Zulagen in den Besoldungsgruppen B 1 bis B 11 je Gruppe war?

12. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die in zunehmender Zahl bekannt werdenden Forschungsergebnisse über steigende Strahlenbelastung der Bevölkerung durch Radon bei zurückgehenden Luftwechselraten in wärmedichten Wohnungen zum Anlaß zu nehmen, ihre Empfehlungen zum Energiesparen entsprechend abzuändern?

13. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welches sind die Gründe dafür, daß Beamte und Angestellte aus dem Bereich Besoldungsreform des Bundesinnenministeriums in den Bereich Reaktorsicherheit und Entsorgung versetzt wurden?

14. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat der Bundesminister über die Organisation und den Arbeitsablauf der geplanten Bund/Länderkommission für die Entsorgung der Kernkraftwerke?

15. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, die Mitgliedschaft oder Kandidatur für eine Partei, die Ziele der in Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes genannten Art verfolgt, sei für sich allein betrachtet noch kein sicherer Beweis für eine Treuepflichtverletzung, vielmehr komme es darauf an, ob der Beamte in seinem Gesamtverhalten den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen habe?

16. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Warum läßt es die Bundesregierung zu, daß der Bundesdisziplinaranwalt nicht prüft, ob ein Beamter in seinem Gesamtverhalten die freiheitlich-demokratische Grundordnung verlassen hat, sondern stattdessen behauptet, die Funktion oder Kandidatur für eine Partei, die Ziele der in Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes genannten Art verfolgt, sei automatisch eine Treuepflichtverletzung?

17. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesdisziplinaranwalts, er verfüge über das Machtmittel, unter Umständen auch einmal einen Bundesminister zu zwingen, etwas zu tun, das nach seiner Beurteilung nicht erforderlich ist, oder ist sie der Auffassung, daß der Bundesdisziplinaranwalt an Weisungen der Bundesregierung gebunden ist und bei Nichtbefolgung von Weisungen auch gegen seinen Widerspruch in ein anderes Amt der gleichen Besoldungsgruppe versetzt werden kann?

18. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, der Bundesdisziplinaranwalt habe eine Richtlinienkompetenz gegenüber der Bundesregierung zur Auslegung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts?

19. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Gehört es zu den Pflichten des Bundesdisziplinaranwalts, auch die einen einer Treuepflichtverletzung beschuldigten Beamten entlastenden Gesichtspunkte und Tatsachen, z. B. aus den Vorermittlungen, in das Verfahren einzubringen, und kann eine Unterlassung dieser Pflicht eine Dienstpflichtverletzung des Bundesdisziplinaranwalts begründen?

20. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Weiß die Bundesregierung, daß der Innenausschuß des Bundestages in seinem Bericht zur Novellierung der Bundesdisziplinarordung erklärt hat, „Dem Bundesdisziplinaranwalt ist (um das Ermessen der zuständigen Behörde nicht mehr als erforderlich einzuengen) das Antragsrecht . . . nur noch in besonders schwerwiegenden Fällen vorbehalten worden. Dabei geht der Ausschuß von der Erwartung aus, daß der Bundesdisziplinaranwalt sich dieses Rechts mit der gebotenen Zurückhaltung bedient", und bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, nicht der Bundesdisziplinaranwalt sondern die Bundesregierung habe sich zurückzuhalten?

21. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sie in allen Fällen, in denen die Einleitungsbehörde nach gewissenhafter Prüfung zu der Überzeugung kommt, daß eine förmliche Ahndung nicht gerechtfertigt ist, das Disziplinarverfahren zwingend einstellen muß und die Entscheidung nicht aus anderen Erwägungen – etwa weil sie eine gerichtliche Entscheidung für zweckmäßiger hält – dem Disziplinargericht überlassen darf?

22. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Warum gewährt die Bundesregierung Beamten, die für die DKP oder NPD zu öffentlichen Wahlen kandidieren, den zur Vorbereitung einer Wahl erforderlichen Urlaub?

23. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Gewährung des zur Vorbereitung einer Wahl erforderlichen Urlaubs und dem mit dieser Kandidatur begründeten Vorwurf einer Treuepflichtverletzung durch den Bundesdisziplinaranwalt?

24. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Feststellung, eine Partei verfolge „verfassungsfeindliche Ziele", durch ein Gericht unzulässig ist, weil dieser Begriff rechtlich unbestimmt ist und seine Verwendung mit Rechtsfolgen in die Nähe der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei käme, die nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten ist, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

25. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vom Bundesdisziplinaranwalt verwendeten Begriffe „verfassungsfeindliche Parteien" und „Verfassungsfeinde" weder durch die Verfassung, noch durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts oder durch ein Gesetz gedeckt ist, und hat die Bundesregierung ihre Auffassung dem Bundesdisziplinaranwalt in Form einer Weisung als Grundsatz für die Ausübung seiner Befugnisse mitgeteilt und ihn aufgefordert, nach diesem Grundsatz zu verfahren?

26. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, daß der Begriff „verfassungsfeindliche Ziele" eine Funktion als Bestandteil ihrer politischen Aufklärungsarbeit hat, mit dem Rechtsfolgen nicht verbunden sind, und daß nur solche Zielsetzungen als „verfassungsfeindlich" bezeichnet werden dürfen, die gegen die tragenden Verfassungsprinzipien gerichtet sind,

ohne daß dazu stets ein aktiv kämpferisches Durchsetzungsverhalten hinzutreten müßte, wie es Voraussetzung für ein Verbotsverfahren wegen Verfassungswidrigkeit nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes wäre?

27. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im politischen Meinungskampf die Überzeugung gewonnen und vertreten werden darf, eine Partei verfolge verfassungsfeindliche Ziele und sei deshalb politisch zu bekämpfen, ohne daß aus diesem Werturteil rechtliche Konsequenzen für die Mitglieder einer solchen Partei gezogen werden dürfen?

28. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

War der Bundesregierung der in der Monitorsendung der ARD am 26. Februar 1980 dargestellte Sachverhalt über die Belastung des Raums Oker/Harlingerode mit Schwermetall bekannt, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, auf eine Sanierung des Gebiets hinzuwirken?

29. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung dazu bisher getroffen, und welche Planungen bestehen in diesem Zusammenhang?

30. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesdisziplinaranwalts, durch mißverständliche Formulierungen im Beschluß des Bundesverfassungsgerichts sei eine unsichere Rechtslage eingetreten, wie die Mitgliedschaft in einer Partei mit „verfassungsfeindlichen Zielsetzungen" zu beurteilen ist, und warum hat die Bundesregierung gegebenenfalls nicht diese unsichere Rechtslage durch eine klare Weisung an den Bundesdisziplinaranwalt beseitigt und damit die einheitliche Ausübung des Disziplinarrechts gesichert?

31. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist die Bundesregierung befugt, dem Bundesdisziplinaranwalt für die Ausübung seiner Befugnisse Einzelanweisungen oder allgemeine Grundsätze in Form von Weisungen zu erteilen, beispielsweise den Grundsatz, daß sie den Begriff „verfassungsfeindliche Zielsetzung" im Rahmen ihrer politischen Aufklärungsarbeit verwendet, ohne daß daraus Rechtsfolgen gezogen werden?

32. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist es Sache des Bundesdisziplinaranwalts zu prüfen, unter welchen Aspekten eine Weisung der Bundesregierung erfolgt ist?

33. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, daß eine Automatik oder Regelvermutung in dem Sinne, daß die bloße Mitgliedschaft in einer Partei, die Ziele der in Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes dargestellten Art verfolgt, in der Regel Zweifel daran begründet, ob der Betreffende jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten wird, nicht mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 vereinbar ist, und daß zum Tatbestand einer Treuepflichtverletzung gehört, daß der Beamte den Kernbestand der Verfassung selbst in seiner Person aktiv bekämpft oder seine politischen Ziele auch mit Gewalt durchsetzen will?

34. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)	Warum läßt die Bundesregierung es zu, daß der Bundesdisziplinaranwalt öffentlich seine der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entgegenstehende Auffassung äußert, nach der bereits die bloße Mitgliedschaft in einer Partei, die Ziele der in Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes dargestellten Art verfolgt, eine Treuepflichtverletzung sei?
35. Abgeordneter **Dr. Wendig** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob der in der Monitorsendung vom 26. Februar 1980 geschilderte Sachverhalt über die erschreckenden Ergebnisse von Untersuchungen über den Bleigehalt im Blut von Kindern im Raume Oker (Kreis Goslar) zutrifft?
36. Abgeordneter **Dr. Wendig** (FDP)	War der Bundesregierung der diesem Sachverhalt zugrundeliegende Bericht des Freiburger Instituts für angewandte Ökologie bekannt, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um eine weitere Gefährdung des Gebietes im Raume Oker auszuschalten?
37. Abgeordneter **Dr. Wendig** (FDP)	Welche rechtlichen Möglichkeiten ergeben sich zur Sicherung dieses Raums aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung?
38. Abgeordneter **Dr. Wendig** (FDP)	Sieht der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes verbesserte Möglichkeiten zur Sanierung des Gebiets im Raum Oker vor?
39. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Wie hoch sind die Kosten für die öffentliche Hand, die bislang im Zusammenhang mit der Stillegung von kerntechnischen Anlagen entstanden sind, und für welche kerntechnischen Anlagen im einzelnen sind diese Kosten angefallen?
40. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gesamtstillegungskosten für eine kerntechnische Anlage in der Größenordnung Gundremmingen, und wie hoch ist der Anteil der öffentlichen Hand daran?
41. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Angaben einiger Ortsverbände des Technischen Hilfswerks bestätigen, wonach sowohl bei den Kraftfahrzeugen als auch beim technischen Gerät und der persönlichen Ausstattung der Helfer der überwiegende Teil der Bestände noch zur sogenannten Erstausstattung der Jahre 1960/62 gehört und nunmehr überwiegend verschlissen ist, daß die Ersatzbeschaffung durch den Bund „unverantwortlich langsam“ vor sich geht und andererseits neuere Geräte sich zum Teil „kaputtstehen“, weil sie wegen Kraftstoffmangels nicht bewegt werden können?
42. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Funktionstüchtigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes allgemein zu verbessern, und ist sie bereit, in Gebieten mit besonderen Katastrophengefahren vorrangig Verbesserungen einzuleiten, wie das im Raum Ostfriesland mit seinen besonderen Risiken, wie Sturm, Hochwasser, Tankerunfälle, Ölverschmutzung und Erdgasanlagen, zwingend notwendig erscheint?

43. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Vorlage des vom Bundesinnenministerium beim Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Wirkungsweise von Vergaserzusatzgeräten zu rechnen, und liegen gegebenenfalls Zwischenberichte mit welchem Inhalt vor?

44. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung unterschiedlich hohe Beihilfezahlungen an öffentlich Bedienstete bei gleich hohen Rechnungsbeträgen für richtig, je nachdem ob der Beihilfeempfänger freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse oder in einer privaten Krankenkasse versichert ist, und was gedenkt sie gegen diesen unbefriedigenden Zustand zu unternehmen?

45. Abgeordneter **Lenders** (SPD)

Wie ist der Standort des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich nach den Standortbewertungsdaten des Bundesinnenministers (1975) bewertet, und wie ist der Vergleich mit den Bewertungsdaten für die anderen KKW-Standorte in der Bundesrepublik Deutschland?

46. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Schadensersatzleistungen können Spätaussiedlern für gestohlenes Umzugsgut gewährt werden, nach dem bekanntgeworden ist, daß häufig Diebstähle von Umzugsgut aus dem polnischen Machtbereich vorkommen?

47. Abgeordneter **Schetter** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß vertrauliche Daten (u. a. Lohn- und Gehaltshöhe der Arbeitnehmer) an Gewerkschaften zugunsten gewerkschaftlicher Beitragsanhebungen weitergegeben werden, und was kann die Bundesregierung gegebenenfalls gesetzgeberisch tun, um derartige Praktiken zu unterbinden, falls sie nach der geltenden Rechtslage zulässig sein sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

48. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Gilt eine Regelung, wonach der Versicherungsschutz des Kraftfahrzeughalters erlischt, wenn die Plakette des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) ungültig geworden ist, oder beabsichtigt die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesinitiative (vgl. Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes Nr. 11 – November 1977)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

49. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung die Abschreibungsmöglichkeiten für wärmedämmende, energiesparende Baumaßnahmen von derzeit zehn Jahren auf einen geringeren Zeitraum zu begrenzen, um damit besonders Althausbesitzern einen größeren Anreiz zu geben, solche wärmedämmenden Baumaßnahmen durchzuführen?

50. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen werden die sogenannten Kopfschlächter, die unständig bei kommunalen Schlachthäusern beschäftigt sind, einkommens- und gewerbesteuerrechtlich als Gewerbebetriebe behandelt und andererseits als Arbeitnehmer in der Rentenversicherung für Arbeiter und in der AOK pflichtversichert?

51. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Entschließungen des Deutschen Bundestages vom 20. Oktober 1978 zum 5. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz und vom 10. Mai 1979 zum Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs, nach denen die Bundesregierung dem Bundestag bis zum 30. Juni 1981 einen Vorschlag zur Finanzierung der genannten Neuregelungen vom Jahr 1982 an zu machen hat, für die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 1981 bis 1984 ziehen?

52. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Inwieweit kommt die angekündigte Erhöhung des Vorwegabzugs um 500 DM/1 000 DM von 2 500 DM/5 000 DM auf 3 000 DM/6 000 DM mit Steuermindereinnahmen von 1,6 Milliarden DM den Selbständigen, und inwieweit kommen sie den Arbeitnehmern zugute?

53. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wieviel Ruinen ehemaliger Westwallbunker gibt es noch im Landkreis Rastatt entlang dem Rhein, und ist die Bundesregierung bereit, in den nächsten Jahren die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Relikte aus dem Zweiten Weltkrieg, die in aller Regel Schandflecke und Gefahrenquellen in der Natur darstellen und die oft einer geordneten Dorf- und Stadtentwicklung entgegenstehen, in verstärktem Maß beseitigt werden können?

54. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Können Mieter bereits nach geltendem Recht angesparte Bausparbeiträge vor Ablauf der gesetzlichen Sperrfristen steuer- bzw. prämienunschädlich zur Modernisierung der von ihnen gemieteten Wohnung verwenden (vgl. Sparkasse Heft 2/1980), und wenn nein, wird die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesänderung vorschlagen?

55. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob Hauseigentümer, die Energiesparinvestitionen vorgenommen haben, sofort vom Finanzamt zu höheren Einheitswerten veranlagt werden und so höhere Steuern zahlen mußten, und hält die Bundesregierung dieses Verhalten der Finanzbehörden für energiesparfreundlich?

56. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen des § 16 des Gesetzes über die betriebliche Altersversorgung, eine Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten vorzunehmen?

57. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welchen Erkenntnisstand bezüglich Ort, Zeitpunkt, Umfang und Beteiligte besitzt die Bundesregierung über das Auftauchen von angeblich 400 Otto-Hahn-Münzen auf dem Markt, und könnte sich angesichts dieser Spekulationen die Bundesregierung doch noch dazu entschließen, die bereits geprägten Münzen nicht einzuschmelzen, sondern sie – da mit Sicherheit ausschließlich Sammelobjekte – mit einem entsprechenden Aufpreis zu verkaufen?

58. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Einfuhrumsatzsteuer dadurch zu vereinfachen, daß bei vorsteuerabzugsberechtigten Importeuren auf die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer gegen Streichung des Vorsteuerabzugs verzichtet wird?

59.	Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)	Wie beurteilt der Bundesfinanzminister das Verhalten des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, der sich am 21. Dezember 1979 einen Ministerwagen mit 136 kW angeschafft hat, obwohl im Haushaltsplan für 1979 nur die Anschaffung eines Wagens mit 125 kW genehmigt war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

60.	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich einer in Zukunft ausreichenden und bezahlbaren Versorgung der ländlichen Räume mit Energie für Heizzwecke?
61.	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Wie kann die erhöhte Abhängigkeit der Bewohner in ländlichen Gebieten vom Mineralöl verringert werden?
62,	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Auf welcher Energie für Heizzwecke soll der Schwerpunkt in dünn besiedelten Gebieten in der Zukunft liegen?
63.	Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den steigenden Absatz der Festbrennstoffe im Hausbrand- und Kleinverbraucherbereich, und kann aus dieser Entwicklung abgeleitet werden, daß Hausbrandverbraucher anstelle von Öl wieder feste Brennstoffe verbrauchen?
64.	Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Substitution von Öl und die Verwendung fester Brennstoffe in engem Zusammenhang stehen, und daß durch den Einsatz von Festbrennstoffen in Einzelöfen eine erhebliche Einsparung von Heizöl erzielt werden kann?
65.	Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)	Wann kann nach Feststellung der Bundesregierung beim Bezug von bestimmten Energiearten oder Rohstoffen aus der Sowjetunion die „kritische Abhängigkeitsschwelle" erreicht werden?
66.	Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)	In welcher Höhe und mit welchen Haushaltstiteln finanziert die Bundesregierung Exporte von Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland in Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)?
67.	Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)	Können die Hermesbürgschaften als solche Finanzhilfe gewertet werden, oder erbringen diese per Saldo einen Ertrag?
68.	Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)	Wie steht die Bundesregierung zu den an sie gerichteten Forderungen, aus außenpolitischen Gründen im Zusammenhang mit der Afghanistankrise den Export bundesdeutscher Produkte in Länder des RGW zu drosseln?
69.	Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)	Müßte eine Veränderung der Richtlinien für Hermesbürgschaften, wie aus Anlaß der Afghanistankrise von verschiedenen Seiten gefordert, nicht auch eine Änderung der Praxis gegenüber anderen autoritären Staaten nach sich ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

70. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Hat auch die Bundesregierung Klagen darüber gehört, daß im Lebensmitteleinzelhandel Magermilchpulver für den Kleinverbraucher kaum zu haben ist, und woran kann das angesichts der großen EG-Bestände liegen?

71. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Inwieweit sind Klagen aus Bayern zutreffend, wonach der dortige Agrarexport durch Währungsschwankungen speziell gegenüber Italien erschwert wird, und ist es richtig, daß bei Abwertung der grünen Lira die Konkurrenzsituation für Frankreich gegenüber Bayern verbessert wird?

72. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was ist aus der Sicht der Bundesregierung zum Vorwurf des EG-Verbraucherverbands (BEUC) zu sagen, die EG-Nahrungsmittelpreise seien die höchsten der Welt, mit Ausnahme der Schweiz und Japans, und war nicht der Anteil, den die EG-Agrarpolitik an den gesamten EG-Mitteln beansprucht, schon wegen des geringen Integrationsstand in anderen Bereichen früher sogar noch höher als jetzt die kritisierten 70 Prozent?

73. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Welchen Stand haben die Verhandlungen zwischen Thailand und der Europäischen Gemeinschaft, Importbeschränkungen für Tapioka auf Wunsch Frankreichs und Irlands herbeizuführen, und welche Maßnahmen sind getroffen worden, insbesondere im Nordosten Thailands eine Umstellung der Tapiokaerzeugung auf andere Feldfrüchte mit Hilfe der EG einzuleiten?

74. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbssituation der deutschen Kutterfischerei in der Nordsee und der Ostsee im Vergleich zu der Konkurrenz innerhalb und außerhalb der EG angesichts der andauernden Kostensteigerungen bei Gasöl?

75. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch staatliche Maßnahmen auf nationaler Ebene den Kutterfischern eine angemessene Existenz zu sichern und zu erhalten?

76. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Maßnahmen sollten nach Meinung der Bundesregierung die Kutterfischer selbst ergreifen, um ihre Wettbewerbssituation zu verbessern?

77. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung eine Neufassung der EG-Fischmarktordnung mit dem Ziel, die Existenz der Kutterfischerei innerhalb der EG durch Einfuhrbeschränkungen zu sichern?

78. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die EG-Subventionen für den Tabakanbau für 1978 ca. 600 Millionen DM betrugen, von denen die Bundesrepublik Deutschland 28 v. H. trug, wovon wiederum etwa Zweidrittel auf die Nichtraucher entfielen?

79. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, an wieviel Tieren 1979 Versuche vorgenommen wurden, und wieviel Tierversuche 1979 im Vergleich zu 1978 mehr oder weniger vorgenommen worden sind?

80. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich bei den Bundesländern einen Überblick über den Umfang der Tierversuche zu verschaffen, wenn ihr hierüber Zahlenmaterial nicht vorliegen sollte, und wenn ja, wird sie dann die Öffentlichkeit über die Zahl der in den Jahren 1978 und 1979 durchgeführten Tierversuche unterrichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

81. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts des ungedeckten Bedarfs an ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen in vielen ländlichen Gebieten für erforderlich, die Kassenzulassung niederlassungswilliger Ärzte und Zahnärzte zu erleichtern, und welche Maßnahmen gedenkt sie gegebenenfalls zu treffen?

82. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge im Winterbauerfahrungsbericht der Bundesanstalt für Arbeit, im Rahmen der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft die seit 1973 nicht erhöhten Förderungssätze beim Mehrkostenzuschuß anzuheben?

83. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, beim Schlechtwettergeld die Betriebe des Baugewerbes, des Dachdeckerhandwerks und des Garten- und Landschaftsbaus nicht schlechter zu stellen als die kurzarbeitenden Betriebe?

84. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend einer öffentlichen und eindeutigen Erklärung des Bundeskanzlers darauf hinzuwirken und gesetzgeberische Maßnahmen vorzubereiten, daß künftig in allen geltenden Gesetzen und Verordnungen das Wort „Auszubildender“ durch „Lehrling“ ersetzt wird?

85. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Pressemeldungen bekannt, nach denen dem Bundesamt für den Zivildienst durch den Bundesrechnungshof Verschwendungen in Millionenhöhe vorgeworfen werden, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang vor?

86. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß mit den vom Bundeskabinett im Januar 1978 zusätzlich bewilligten Mitteln in Höhe von 50 Millionen DM zur Schaffung zusätzlicher Zivildienstplätze tatsächlich jedoch Zivildienstleistende weitgehend kostenfrei den Beschäftigungsstellen überlassen werden, und welche Auswirkungen hat dieses Verfahren auf § 6 des Zivildienstgesetzes und den Bundeshaushalt?

87. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Zivildienstleistende an Beschäftigungsstellen vermittelt werden, die diese überwiegend als Kraftfahrer, Pförtner, Handwerker, Telephonisten und Bürohilfskräfte einsetzen, und wie verhindert sie, daß der amtlichen Arbeitsvermittlung eine institutionalisierte Konkurrenz in dieser Form erwächst, die dadurch eine Eingliederung von Arbeitslosen verhindert?

88. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bereitstellung von Zivildienstleistenden zum „Null-Tarif" die Korrumpierung der Beschäftigungsstellen ermöglicht, wieviel Zivildienstplätze sind daher seit dem 1. Januar 1978 neu eingerichtet, und wieviel „Altplätze" sind seit dieser Zeit in „Neuplätze" umgewandelt worden?

89. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch die Zahl der Rentenversicherten ist, die von der Möglichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht nach Artikel 2 § 1 Abs. 1 des Zweiten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 745) Gebrauch gemacht haben?

90. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele der auf Grund der obigen genannten Vorschrift Befreiten nach Artikel 2 § 1 b des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes in der Fassung des 20. Rentenanpassungsgesetzes wieder versicherungspflichtig geworden sind?

91. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Runderlasse und Rundverfügungen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1978 und 1979 an die Arbeitsämter ergangen sind, und wie beurteilt sie diesen Sachverhalt, nachdem Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung in wachsendem Maß über die große Zahl der von ihnen zu behandelnden Dienstanweisungen klagen?

92. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Ist die Mehrzahl dieser Runderlasse und Rundverfügungen auf die Novellierung von Bundesgesetzen zurückzuführen, oder gibt es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung andere unabweisbare Gegebenheiten, die eine Erlaßflut rechtfertigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

93. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit Wirkung vom 1. Mai 1979 die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft für Angehörige der Bundeswehr um mehr als 300 Prozent monatlich erhöht worden ist?

94. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte Gemeinschaftsunterkunft bereits durch eine Kürzung der Dienstbezüge beim Ortszuschlag monatlich berücksichtigt wird?

95. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch diese Regelung eine steuerliche Benachteiligung der Ledigen und zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft verpflichteten Angehörigen der Bundeswehr gegenüber solchen, die nicht zum Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft verpflichtet sind, erfolgt?

96. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung diese Situation, und welche Abhilfemaßnahmen hat sie vorgesehen?

97. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die Entwicklungszeit des Pullovers für die Bundeswehr nicht die eines komplizierten Waffensystems übersteigt?

98. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zwischen der Bundeswehr und der kassenärztlichen Vereinigung Hannover seit dem 1. Januar 1980 ein vertragsloser Zustand besteht mit der Folge, daß Soldaten von zivilen Zahnärzten u. U. nicht mehr behandelt werden?

99. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Wer trägt die Verantwortung für den vertragslosen Zustand, und warum ist nicht rechtzeitig eine Regelung vorbereitet worden, die der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gerecht wird?

100. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Weiß die Bundesregierung, daß durch den zahnärztlichen Notstand in erster Linie Wehrpflichtige betroffen sind, und wie will sie verhindern, daß eine nicht ausreichende oder zu späte Behandlung bei Unschuldigen zu dauerhaften gesundheitlichen Schäden führt?

101. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Welche Bundeswehrstandorte Niedersachsens sind von dem Notstand betroffen, und was wird dort zu seiner Bewältigung konkret getan?

102. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen den Dementierungen der Sowjetunion chemische und bakteriologische Waffen in der Sowjetunion entwickelt und in großem Umfang hergestellt werden, und sind diese organischer Bestandteil aller Führungsstäbe?

103. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die nationale Volksarmee der „DDR“ gegenwärtig mit Waffen für einen Gaskrieg ausgerüstet wird, Divisionsstäbe dabei sind, ABC-Kampfformationen jeweils in Bataillonsstärke aufzubauen, und können chemische oder biologische Kampfstoffe und ABC-Waffen aus sowjetischen Rohrraketenwerfern BM 21 verschossen werden?

104. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Ist die zuständige Stelle des Bundesverteidigungsministeriums (Bundeswehrbeschaffungsamt) nach den Erfahrungen auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr (siehe Süddeutsche Zeitung vom 2. Februar 1980) bereit, besseres und wetterfestes Schuhwerk für die Soldaten der Bundeswehr auszuschreiben und gleichzeitig die komplizierten und teilweise veralteten Herstellungsvorschriften für soldatisches Schuhwerk, welche die Schuhhersteller oft zwingen, bereits ausgesonderte Maschinen überholter Produktionsmethoden wieder aufzustellen, durch neuzeitliche zu ersetzen?

105. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Trifft es zu, daß sich auf Grund der Zentralisierung Arbeits- und Dienstwege im Bereich der Personalführung verlängert haben, so daß „die Truppe nur noch ausführendes Organ anonymer Personalentscheidungen“ ist, wie anläßlich einer Tagung des Deutschen Bundeswehrverbands im Januar 1980 beklagt wurde?

106. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Soldaten, daß diese bei der Vermögens- und Eigentumsbildung insofern benachteiligt sind, als ihnen in der Regel keine Bundesdarlehen für den Bau oder Erwerb von Eigenheimen bewilligt werden?

107. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Könnte mit einer verstärkten Bewilligung von Bundesdarlehen für Soldaten eine wünschenswerte Entlastung im Rahmen der Wohnungsfürsorge der Bundeswehr erreicht werden?

108. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Trifft es zu, daß die Wohnungsfürsorge der Bundeswehr – insbesondere in Ballungsräumen (z. B. Großraum Mainz) – derzeit unzureichend ist, weil der Bau von Bundesdarlehenswohnungen in den letzten Jahren stagniert, bzw. das Belegungsrecht bei älteren Bundesdarlehenswohnungen inzwischen weggefallen ist?

109. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, das Umzugskostenrecht dergestalt zu ändern, daß auch Umzüge innerhalb eines Standorts bezahlt werden, insbesondere dann, wenn dadurch zusätzlicher Wohnraum im Rahmen der Wohnungsfürsorge zur Verfügung gestellt werden kann?

110. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Stimmt die Feststellung des Deutschen Bundeswehrverbands, wonach sich immer weniger Soldaten wegen mangelnder Attraktivität der Bundeswehr weiterverpflichten, mit den Erkenntnissen der Bundesregierung überein, und wenn ja, welche konkreten Schritte wurden unternommen, um zu verhindern, daß sich aus dieser Entwicklung negative Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ergeben?

111. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist etwa der prozentuale Anteil der Ausgaben für Bekleidung der Bundeswehr, der nicht an inländische Firmen in den vergangenen Jahren vergeben wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

112. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen über die Entwicklung der Teilnahme an Polioschutzimpfungen seit 1973 vor?

113. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Gibt es Untersuchungen über den Durchimpfungsgrad der Bevölkerung, und können Aussagen über eine etwaige Impflücke gemacht werden?

114. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine Intensivierung der Impfbeteiligung für erforderlich, und welche Initiativen wären dann nach ihrer Auffassung möglich bzw. erforderlich?

115. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wäre insbesondere die Einführung eines bestimmten Impfrhythmus nach Meinung der Bundesregierung eine geeignete Maßnahme?

116. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist „koffeinfreier Kaffee“ nach den Erkenntnissen des der Bundesregierung nachgeordneten Bundesgesundheitsamts wirklich koffeinfrei, oder weist er lediglich einen verminderten Koffeingehalt auf, was bei der Kennzeichnung berücksichtigt werden sollte?

117. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Altersobergrenze hält die Bundesregierung beim Jugendaustausch und bei der Jugendbegegnung mit Ostblockstaaten für angemessen?

118. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Welche Zusammenhänge sind der Bundesregierung zwischen Laserstrahlen in Diskotheken und Augenschädigungen bekannt?

119. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Gibt es nach Ansicht der Bundesregierung Möglichkeiten, um gegebenenfalls solche Augenschädigungen schon im Frühstadium, z. B. bei Routineuntersuchungen rechtzeitig zu entdecken, um sie dann erfolgreich behandeln zu können?

120. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß aus den USA importierte Brillen, die auch in der Bundesrepublik Deutschland angeboten werden und die nur einen Bruchteil dessen kosten, was in der Bundesrepublik Deutschland für eine bei einem Optiker gekaufte Brille ausgegeben werden muß, absolut gesundheitsunschädlich sind, unter der Voraussetzung, daß der Käufer auf beiden Augen unter der gleichen Sehschwäche leidet und ihm diese Sehschwäche auch bekannt ist, nachdem die Dioptriestärke auf den Brillen angegeben ist?

121. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die gesundheitliche Gefahr für den Brillenkäufer auch in den Fällen, in denen der Käufer seine Sehschwäche durch das Lesen verschieden großer Buchstaben ermittelt, nicht größer ist, als wenn er sich ohne Hinzuziehung eines Augenarztes eine Brille bei einem Optiker kauft, der die Sehschwäche nach dem gleichen Prinzip ermittelt ohne in der Lage zu sein, die medizinischen Ursachen für die Sehschwäche zu ermitteln?

122. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Erfahrung hat die Bundesregierung mit der Inanspruchnahme des Heizölkostenzuschusses?

123. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung – die die Zahl der Drogenabhängigen für die Bundesrepublik Deutschland immerhin auf etwa 45 000 beziffert – mitteilen, um welche illegalen Drogen es sich hierbei handelt und in welchem prozentualen Verhältnis die von den etwa 45 000 geschätzten Drogenabhängigen benutzten illegalen Drogen zueinander stehen?

124. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wieviel Therapieplätze stehen gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland zur Heilung von Drogenabhängigen zur Verfügung?

125. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie groß sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Chancen einer Therapie Abhängiger von harten Drogen, insbesondere von Heroin?

126. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, alles zu tun, um für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zu einer Vereinbarung über die Pflege und Erhaltung der deutschen Soldatengräber in Ungarn zu kommen, und welche Schritte hat sie unternommen und wird sie unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

127. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die Planung des Brückenbauwerks an der Bahnstrecke Recklinghausen/Haltern im Bereich des Ortsteils Sinsen zur Entschärfung der B 51 so weit fortgeschritten ist, daß bald mit der Baumaßnahme begonnen werden kann, und in welchem Zeitraum kann gegebenenfalls mit der Fertigstellung gerechnet werden?

128. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitsplatzes auf der Lokomotive hinsichtlich Anwendung der arbeitsmedizinischen Erkenntnisse bei der Gestaltung der Dienstpläne, insbesondere der Nachtdienste und Ruhetage, hat die Deutsche Bundesbahn in den vergangenen Jahren getroffen?

129. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Welche Untersuchungsergebnisse über Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Analysen) liegen der Bundesregierung für die Autobahnprojekte vor, welche im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen bis 1985 zwar erwähnt, aber nicht eingestuft werden?

130. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

In welchem Zeitraum ist mit einem Anschluß der oldenburgischen Unterweserregion über die A 5 sowie über die Küstenautobahn an das Bundesfernstraßennetz zu rechnen?

131. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, sich zum Ausgleich der erheblichen Standortnachteile der oldenburgischen Unterweserregion für einen „Nulltarif" für alle Weserfähren nördlich von Bremen durch die Übernahme der Kosten durch den Bund und die Länder Bremen und Niedersachsen einzusetzen?

132. Abgeordneter **Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um mögliche Fehlerquoten beim Alcotest von Kraftfahrern überprüfen und auswerten zu lassen?

133. Abgeordneter **Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung auf Grund der Feststellungen der Gewerkschaft ÖTV, die Fehlerquote beim Alcotest liege bei 40 v. H. und das Verfahren reiche zum Führerscheinentzug nicht aus, unternehmen?

134. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Schließung des Bahnhofs Raumünzach (Strecke Rastatt – Freudenstadt) angesichts der Gründe, die die Gemeinde Forbach in ihrem Schreiben vom 25. Februar 1980 an die Bundesbahndirektion Karlsruhe vorgebracht hat, zu verzichten?

135. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die baulichen Maßnahmen zum Umbau und zur Renovierung des Bahnhofs der Deutschen Bundesbahn in Baden-Baden mit Vorrang durchgezogen werden, nachdem sich im letzten Jahr Verzögerungen ergaben?

136. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn von ihren Servicebetrieben zum 1. Januar 1980 acht Anhebungen im Einzelfall bis zu 400 v. H. verlangt?

137. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob die Richtlinien für die Ermittlung der Pachthöhe von der Deutschen Bundesbahn gemäß § 16 der Pachtrichtlinien im „Benehmen mit den Pächterverbänden" aufgestellt wurden?

138. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, ob es eine mittel- bis langfristige Konzeption der Deutschen Bundesbahn im Servicebereich gibt, und wenn ja, kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, auf Grund welcher Erhebungen eine derartige Konzeption erstellt wurde, und wer sie beschlossen hat?

139. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wo ist die Konzeption veröffentlicht?

140. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche konkreten Straßenbaumaßnahmen plant die Bundesregierung kurz- und mittelfristig in den Bereichen Bremen und Brinkum?

141. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche konkreten Straßenbaumaßnahmen plant die Bundesregierung kurz- und mittelfristig in den Bereichen Weyhe und Syke?

142. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche konkreten Straßenbaumaßnahmen plant die Bundesregierung kurz- und mittelfristig in den Bereichen Sulingen und Diepholz?

143. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche konkreten gesetzlichen und administrativen Schritte müssen nach Auffassung der Bundesregierung unternommen werden, damit im Lahn/Dill-Kreis (Land Hessen) die ehemals für die Landkreise Wetzlar-Dill-Kreis geltenden Kraftfahrzeugkennzeichen WZ und DIL wieder eingeführt werden können?

144. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine derartige Initiative grundsätzlich gegenüber den mitbeteiligten Verfassungsorganen zu unterstützen?

145. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung über Pläne der Deutschen Bundesbahn entscheiden, die vorsehen, den Personenverkehr auf der Strecke Holenbrunn—Selb von der Schiene auf die Straße zu verlagern?

146. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Verlagerung des Personenverkehrs auf der Strecke Holenbrunn—Selb den Grundsätzen einer wirksamen Strukturpolitik im Zonenrandgebiet zuwiderlaufen würde?

147. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wird der Bundespostminister dem Vorschlag des niedersächsischen Heimatbunds auf Herausgabe einer „Leibniz-Briefmarke" aus Anlaß der bevorstehenden Wiedererrichtung des Leibnizhauses in Hannover folgen, und wenn ja, gibt es in diesem Zusammenhang Zeitvorstellungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

148. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, in welchem Umfang die Gewährung der Energiesparzulage nach dem Energieeinsparungsgesetz in den einzelnen Bundesländern mit Gebühren für den beantragenden Bürger verknüpft wird?

149. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Schlußfolgerungen zieht hieraus die Bundesregierung für die Gewährung der Energiesparzulage?

150. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Bestimmung und Auswahl der Modernisierungsschwerpunkte (§ 11 des Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes) vor, und wie ist der Antragseingang aus diesen Schwerpunktgebieten, insbesondere in Landgemeinden und in den kreisangehörigen Mittelstädten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

151. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bestimmungen der Reisehilferichtlinien für Besucher aus der DDR, Ost-Berlin und aus osteuropäischen Ländern von ausführenden Ämtern nach Presseberichten insoweit als praxisfern und nicht praktikabel bezeichnet werden, als diese neuerdings vorsehen, gehbehinderte Schwerbehinderte zur Erstellung eines Ausweises an das zuständige Versorgungsamt zu verweisen, um sie in den Genuß der Vergünstigung für Schwerbehinderte im öffentlichen Personennahverkehr kommen zu lassen, und ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob ein weniger aufwendiges Verfahren möglich ist, um den meist älteren Besuchern entgegenzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

152. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der drastischen Kürzung der Haushaltsmittel im Fiscal Year 1981 in den USA für die Brüterentwicklung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Kernenergieforschung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

153. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen Bundesbildungsminister Dr. Schmude sich bei einer Veranstaltung in Freiburg hinter die private Organisation „U-ASTA" an der Universität Freiburg stellte (Stuttgarter Zeitung, 17. Dezember 1979), und ist – falls diese Presseberichte zutreffen – dem Bundesbildungsminister nicht bekannt, daß diese „unabhängigen" Asten, die ohne rechtsmäßige Grundlage arbeiten, in Baden-Württemberg sehr häufig von kommunistischen Studenten beherrscht werden?

154. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Mit welchen Summen hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule bzw. deren Mitteilungsblatt „GGG-Informationen" in den letzten Jahren finanziert, und mit welcher Begründung wird eine derartige Interessengruppe gefördert?

155. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Wurde – und mit welchen Mitteln – der 300 Seiten starke Kongreßbericht der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule finanziert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

156. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, ob die in Paraguay ansässige deutsche Firma (Fiduciaria Transatlantica Alemana", die in Berichten der paraguayischen Zeitschrift „abc" vom 24. März und 1. März 1979 schwerwiegender Verstöße gegen die arbeitsrechtlichen Vorschriften des Landes beschuldigt wird, mit der Hilfe des deutschen Förderungsinstrumentariums für Investitionen in der Dritten Welt (Doppelbesteuerungsabkommen, Kapitalschutzabkommen, Entwicklungsländersteuergesetz, Beteiligungen der DEG) unterstützt?

157. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage, im Fall des Zutreffens der Vorwürfe und im Fall der Unterstützung der Firma durch die oben genannten Förderungsinstrumentarien gegen die Firma vorzugehen, eventuell durch Entzug ihrer Unterstützung?

158. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung Aussagen machen, ob generell Sanktionsmöglichkeiten gegen deutsche Firmen in der Dritten Welt bestehen, die existierende arbeitsrechtliche Vorschriften in gravierendem Ausmaß mißachten und durch das oben genannte Förderungsinstrumentarium unterstützt werden?

159. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Falls solche Sanktionsmöglichkeiten nicht bestehen, ist dann an eine entsprechende Konditionierung des oben genannten Förderungsinstrumentariums gedacht?

Bonn, den 29. Februar 1980